

September 2021

Zirndorfer Spiegel

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

gruene.de/zirndorf



Frauen in der Politik

Seite 4

Grüne Zukunft für die Jugend

Seite 6

Jede Zeit hat ihre Farbe

Seite 2

Zirndorfer Stadtrat

Seite 10

Die große Transfor- mation

Seite 9



Jede Zeit hat ihre Farbe – mit Grün in die Zukunft

Corona verliert aktuell endlich seine Bedeutung für unser Leben, die Infektionszahlen gehen zurück, die Pandemie tritt in den Hintergrund. Es wird Zeit für das neue Morgen. Dafür brauchen wir eine neue Farbe in der Politik.

Demoskopen sagen, ökologische Themen treten wieder deutlicher ins Licht der öffentlichen Diskussion, Klima und Natur werden von breiten Teilen der Bevölkerung als zentrale Themen angesehen. Nicht zuletzt nach den Unwettern und Überschwemmungen der letzten Wochen, die aus Sicht der Meteorologen mit dem Klimawandel zu tun haben, weil mehr Starkregen damit verbunden ist. Alle Parteien spielen ihre Grün eingefärbten Karten aus, entwickeln eine operative Hektik angesichts der anstehenden Wahl. Die Menschen wissen, mit dem Original fährt es sich besser.

Wenn die Zeiten Grün werden sollen, dann gilt es ein paar Wegweiser zu setzen:

Politik

Es ist prima, wenn Einzelne eine vegane Lebensweise kultivieren, mehr mit dem Fahrrad fahren als dem Auto, mehr im Unverpackt-Laden einkaufen, mehr mit der Bahn als dem Flugzeug unterwegs sind.

Es kann aber nicht darum gehen, die Verantwortung zu privatisieren, dem einzelnen Menschen die elementare Verantwortung für die notwendige sozialökologische Transformation zu übertragen. Das wäre eine Privatisierung der Klimakrise und damit eine Entpolitisierung. Es geht um eine Stärkung und Erweiterung transnationaler Einrichtungen und Gesetze. Der Green Deal der EU ist der richtige Weg. Angezeigt ist auch eine Stärkung internationaler Gerichtsbarkeit, um Menschenrechte durchzusetzen (siehe Uiguren, Myanmar, Belarus, Nawalny, u. a.). Viel EU-Kritik lässt sich an verschiedenen Beispielen festmachen (der krummen Banane, der Bürokratie usw.). Wer im Grundsätzlichen an der EU zweifelt, sollte einen Soldatenfriedhof besuchen, sich der 20 Mio. Toten im Ersten Weltkrieg und der 60 Mio. Toten im Zweiten Weltkrieg erinnern. Könnte man/frau diese zu früh Verstorbenen fragen, die keine Familie gründen konnten, deren Kinder es nicht gibt, dann käme in Kenntnis der Gegenwart die Antwort dieser verstorbenen jungen Menschen: „Diese Europäische Union ist eine Pfundssache, der Frieden in Europa ist für euch ein Geschenk“. Neben der Stärkung transnationaler Institutionen ist die Beteiligung auf der kommunalen Ebene auszubauen – vielleicht durch Einführung von Bürgerräten, welche die Bevölkerung vor Ort bei

wichtigen Themen repräsentieren, oder durch eine digitale Bürger-App / Zirndorf-App, die schnelle Reaktionen der Bürger(innen) ermöglicht. Zum Beispiel zur Frage: Fußgängerzone in Zirndorf – ja oder nein?

Mobilität

Das Auto ist nicht böse. Es hat viel Freiheit und Unabhängigkeit ermöglicht, der „Generation Autoquartett“ bleibt das in guter Erinnerung und hat deshalb vielleicht eine andere emotionale Bindung an das Auto. Das Auto abzuschaffen und zu verbieten, das steht nicht auf der Grünen Agenda. Das Elektroauto zu fördern, Wasserstoffantriebe und andere Antriebe zu entwickeln aber schon. Ein Blick in die Zukunft: Vielleicht gibt es dann eine Mobicard 2030, welche die Nutzung des ÖPNV ermöglicht, das Ausleihen von Rollern und Cityrädern einschließt, darüber hinaus auch Car-sharing beinhaltet. Wer Lust hat, kann dann mit seiner Mobicard 2030 (aufbauend auf dem 365,-€ Ticket) einen Kleintransporter bei Bedarf oder ein Cabrio für die Spritztour in die Fränkische Schweiz ausleihen – unkompliziert über eine App Mobicard.

Landwirtschaft

Aktuell entscheidet sich, wie die Agrarpolitik in den nächsten sieben Jahren aussieht. In den kommenden Monaten wird das Europäische Parla-

ment über die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) entscheiden. Es geht dabei um 40 Prozent des EU Haushalts, sprich 70 Milliarden bis zum Jahr 2027. Was bisher auf dem Tisch liegt ist enttäuschend und wird die enormen Umweltschäden, die durch die Landwirtschaft verursacht werden, nicht begrenzen. Um das Artensterben zu stoppen und die Nitratbelastung im Grundwasser zu reduzieren, um klimaschädliche Emissionen zu verringern und das Tierwohl zu stärken, braucht es einer ambitionierteren Landwirtschaftspolitik, die sich von den Bremsern der Agrarlobby freimacht und eine ökologische Weichenstellung vornimmt. Stichworte dafür sind: weg von der Verteilung der Flächensubventionen, davon profitieren Großbetriebe, die kleinen Betriebe sterben. Dazu ist der Ausbau der ökologischen Landwirtschaft nötig, die biologische Vielfalt fördert und respektvoll mit Tieren umgeht. Die Preise sollen die

Wahrheit sagen – hinsichtlich Ökologie und Tierwohl!

Energie

Ein Blick auf die letzten Jahre zeigt, eine radikale Energiewende ist möglich. Wir schaffen das, Deutschland künftig mit 100 Prozent grüner Energie zu versorgen. Ersichtlich am Widerspruch, dass der schnelle Ausbau an erneuerbaren Energien dazu führte, dass ein Teil der erhöhten Stromkosten daraus resultiert. Das Fraunhofer Institut für Solare Energiesysteme belegt, dass ein vollständig erneuerbares Energiesystem nicht teurer ist als die heutige Energieversorgung (fraunhofer.de/Studie zu Stromgestehungskosten, 2018). In naher Zukunft werden die erneuerbaren Energien preiswerter sein, nicht nur wenn die aktuellen 20 Milliarden Subventionen für fossile Energien einbezogen werden. Ernsthaftes Problem: der Ausbau von Windkraft und Stromtrassen stagniert. Es

mögen manchmal ernsthafte Gründe dagegen sprechen, aber es hat wohl auch mit dem St.-Florians-Prinzip zu tun. Neben viel Kommunikation und rechtzeitiger Partizipation ist auch darüber nachzudenken, betroffene Anwohner am Gewinn zu beteiligen, der durch Windräder/Stromtrassen als Gemeinschaftsprojekt entsteht. Das sind nur Stichworte für eine grüne Zukunftsskizze, manche Themen werden an anderer Stelle vertieft (siehe im Heft die Themen Soziale Gerechtigkeit, Frauen, Umweltpolitik) Wenn die Zahlen für die Grünen aktuell gut sind, dann hat das viel mit Fridays for Future und dem Urteil des Bundesverfassungsgericht zu tun. Das fordert die Folgen für die nachfolgende Generation stärker in die heutige Politik einzubeziehen. Jede Zeit hat etwas Eigenes – heute ist es die Farbe Grün. Setzen wir auf Ernst Bloch: „Die Hoffnung ist ins Gelingen verliebt, nicht ins Scheitern.“

🌱 Gerhard Wirner

Ampel auf Grün – jetzt!

Liebe Leser*innen,

Am 26. September 2021 ist Bundestagswahl. Jetzt ist die Zeit, die Ampel auf Grün zu stellen und gemäß unserer grünen DNA die Zukunft mutig zu gestalten. Im Interesse unserer Kinder und Enkelkinder! Das Bundesverfassungsgericht hat in einem Urteil klar gemacht, die Bundesregierung hat bisher viel zu wenig für eine klimapolitische Veränderung unternommen. Das Nichtstun der aktuellen Politik engt die Freiheit der nachfolgenden Generationen stark ein, lässt den Kindern und den Jugendlichen von heute einen Planeten zurück, auf dem immer häufiger Starkregen, Hitzewellen und Überschwemmungen vorkommen. Es ist Zeit für grünes Handeln, um mit klugen Lösungen und realistischen Visionen eine grüne Zukunft zu ge-

stalten. Auf Basis einer in der Bevölkerung verbreiteten Bereitschaft für ökologische und soziale Weichenstellungen - im Interesse unserer Kinder. Auf zur Wahl - lasst uns gemeinsam unser Land grün erneuern. Wir haben keinen Planeten B für die nächsten Generationen.

Ihr Ortsvorstand aus Zirndorf,
Cornelia Thomas & Gerhard Wirner



Frauen in der Politik

Dass Politik auch heute noch von Männern beherrscht wird, zeigt sich bereits auf einen Blick: Die „Familienfotos“ von den G7-Treffen im Juni und erweiterten Runden zeigen die deutsche Kanzlerin und die EU-Kommissarin Ursula von der Leyen als einzige Frauen unter Männern. Nicht einmal sechs Prozent der Regierungschefs weltweit sind weiblich. Neben den beiden Regierungschefinnen finden wir international nur noch zwei Länder außerhalb Skandinaviens, die von einer Frau regiert werden.

Frauen, die sich in die Politik begeben, müssen sich nicht nur gegen ihre männlichen Konkurrenten durchsetzen, sondern auch gegen gesellschaftliche Stereotype. Annalena Baerbock wurde nach der Bekanntgabe ihrer Kanzlerkandidatur von Journalist*innen gefragt, wie sie dieses Amt mit Haushalt und Kindern vereinbaren könne. Hätte man das einen Mann auch gefragt? Ebenso werden Frauen von den Medien immer noch in einer anderen Rolle wahrgenommen. Aussehen, persönliche und familiäre Hintergründe interessieren mehr, als die Kompetenzen der Politikerinnen. Angela Merkel hat sich deshalb dafür entschieden, ihre Kleidung so zu wählen, dass sie kein Thema mehr für die Presse wird.

In der Wählerschaft gibt es bestimmte

Vorstellungen davon, welche Eigenschaften Politikerinnen und Politiker mitzubringen und wie sie sich zu verhalten haben. Diese geschlechtsspezifischen Bilder weisen viele Merkmale auf, die üblicherweise eher Männern als Frauen zugeschrieben werden, und sie passen nicht gut zu den typischerweise Frauen zugeschriebenen Eigenschaften. Ein Politiker muss durchsetzungsfähig, aktiv und rational sein. Bei Frauen erwartet man diese Eigenschaften und Kompetenzen eher weniger. Im Gegenteil, eine taffe Politikerin wie Claudia Roth, wird sehr oft angefeindet.

Wie steht es generell um die Verwirklichung der politischen Gleichberechtigung von Frauen in Deutschland? Haben Frauen heute die gleichen Chancen wie Männer zur Übernahme politischer Ämter und Führungspositionen? Oder ist Politik nach wie vor eine männliche Domäne? Die aktuellen Statistiken zeigen, dass der Anteil der Frauen an den Bundestagsabgeordneten in den letzten Jahren von 37 auf 31% zurückgegangen ist. Deutschland liegt damit im allgemeinen Ranking nur auf Platz 48 von 188, obwohl wir seit 16 Jahren eine Kanzlerin haben. In den Kommunalparlamenten liegt der Anteil etwas höher, bei 38 %, aber immer noch weit von der Hälfte entfernt. Noch niedriger ist die Quote in der Kommunalpolitik mit weniger als einem Drittel. Die Frauen-

quote ist auch in den verschiedenen Fraktionen sehr unterschiedlich hoch: am niedrigsten bei der AfD (10%), am höchsten bei den Grünen mit knapp 57 %, also die Mehrheit. Frauenquote und gutes Mentoring durch die Partei haben mehr Frauen in die Grüne Politik gebracht.

Anders sieht es an der Basis in den Ortsverbänden aus. Trotz zunehmender weiblicher Mitgliederzahl – besonders nach der Kandidatur von Annalena Baerbock – sind wenige von ihnen aktiv in der Basisarbeit zu finden. Repräsentative Umfragen haben ergeben, dass sich Frauen weniger für Politik interessieren. Das dürfte aber eine wichtige Voraussetzung für das politische Engagement sein. Das betrifft nur den Teil, der sich mit den Institutionen der Politik befasst, also die Übernahme von Gremienarbeit. Zum anderen ist die Form der politischen Arbeit immer noch männlich geprägt, wie die Kommunikationsstile und die Organisationsstrukturen, und vielen Frauen eher fremd. Ein dritter Grund ist die immer noch ungleiche Lebenssituation von Männern und Frauen mit den traditionellen Rollenverteilungen: politische Treffen finden oft in den Abendstunden oder an Wochenenden statt. Frauen sind nicht einfach abkömmlich, da ihre Familienpflichten und die Betreuung der Kinder eine Abwesenheit nicht einfach zulassen. Fehlende Anerkennung oder Aufmerksamkeit hindert viele Frauen sich aktiv politisch zu beteiligen. Wir brauchen einen Perspektivwechsel in der Politik: neben den gesetzlich verankerten Frauenquoten in Wirtschaft und Verwaltungen – das Frauenstatut in der Grünen Partei ist ein wirksames Instrument dazu - muss auch ein Umdenken bei den Männern erfolgen, damit sich neue Geschlechterrollen durchsetzen können und die Geschlechterdemokratie auch in der Politik erfolgen kann.

✿ Cornelia Thomas

V.l.n.r.: Sarah Friedrich, Cornelia Thomas, Annalena Baerbock, Barbara Fuchs



Katharina Schulze im Gespräch

Was waren Ereignisse / Themen in Deiner Biografie, die Deinen Weg zur Spitze der Grünen in Bayern erklären?

Zwei Dinge haben mich stark geprägt: Mein Elternhaus, wo es immer hieß: „Du bekommst die Welt nicht besser gemackert, du musst sie besser machen!“. Das war mein Ansporn, mich gegen Ungerechtigkeit und für Veränderungen einzusetzen. Und meine Schule hat mich ebenfalls stark berührt. Auf dem Christoph-Probst-Gymnasium, nach dem Widerstandskämpfer der Weißen Rose, habe ich viel über Zivilcourage und den Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus gelernt. Vor allem, dass unsere Demokratie nicht selbstverständlich ist und es auch unsere Aufgabe ist, sie jeden Tag zu verteidigen und weiterzuentwickeln. Während meiner Studienzeit habe ich mich dann bei der Grünen Jugend München und bei den Grünen in München als Vorsitzende eingebracht und mich erfolgreich als Sprecherin der Bündnisse gegen die dritte Start- und Landebahn am Münchner Flughafen und im Bündnis NOlympia engagiert. Dabei habe ich gelernt: Wenn Menschen sich zusammenschließen und für eine bessere Welt kämpfen, schafft man Großartiges und kann die Welt jeden Tag ein kleines bisschen besser machen!

Warum brauchen wir mehr Frauen in der Politik?

Mehr als die Hälfte unserer Gesellschaft ist weiblich. Dennoch sind Frauen in Deutschland in Wirtschaft, Verwaltung und Politik nur zu einem weit geringeren Teil an der Macht beteiligt, haben nicht die gleichen Ressourcen, Chancen und Zugänge. Es ist nicht okay, dass 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland die Frauen zwar zur Wahl gehen dürfen, aber nur ein kleiner Bruchteil auch zur Wahl steht und in politische Ämter gewählt wird. Die Hälfte der Macht gehört den Frauen – auch im Parlament, dafür setze ich mich im Landtag mit unserem „Hälfte der Macht-Gesetz“ für echte Parität ein. Denn die Parlamente sollten ja eigentlich ein Spiegelbild der Gesellschaft sein, wenn jedoch nur 27% Frauen im Bayerischen Landtag Politik machen, läuft etwas schief. Dort werden die Gesetze beschlossen, der Haushalt aufgestellt und Anträge verhandelt, die unser aller Leben beeinflussen. Da müssen Frauen gleichberechtigt repräsentiert sein und mitentscheiden können!

Klimapolitik – was entscheidet die Grünen in diesem Punkt von CDU und SPD?

Klimaschutz ist in unserer Grünen DNA, denn wir wissen, dass wir die Erde von unseren Kindern nur geborgt haben. Auf allen politischen Ebenen zeigen wir seit Jahrzehnten, was getan werden muss, damit das 1,5 Grad Ziel

erreichbar bleibt. Während andere gerne medienwirksam Bäume umarmen und sich verbal aufgeschlossen bei sonstiger Verhaltensstarre zeigen, kämpfen wir täglich für konsequenten Klimaschutz. Dafür müssen wir die Wirtschaft ökologisch modernisieren, eine Mobilitätswende einläuten, das Klimaabkommen von Paris umsetzen und klimaschädliche Subventionen abbauen. Dazu brauchen wir unter anderem einen schnellen Kohleausstieg, die unsinnige 10h-Regel in muss endlich fallen, sowie eine Reform des Klimaschutzgesetzes – auch in Bayern! Mit dem Klimaschutz-Sofortprogramm führen wir unser Land auf den 1,5-Grad-Pfad. Vor Allem Geringverdiener*innen entlasten wir mit einem Energiegeld, einer Reduzierung der EEG-Umlage und Klimabonus – so wird Klimaschutz sozial gerecht.

Soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Spaltung – warum hier auf grüne Politik setzen statt auf die Linke bzw. die AfD?

Grüne Politik hat immer den Menschen im Blick: Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können – unabhängig von Geschlecht, Einkommen, Herkunft, Alter, Pflegebedürftigkeit oder sexueller Orientierung. Wir arbeiten daran, dass Bayern gleiche Chancen und gleiche Rechte für alle bietet und der soziale Zusammenhalt gestärkt wird. Für uns stehen auch Familien und Kinder besonders im Mittelpunkt. Jedes Kind hat ein Recht auf gute Kitas und Schulen, egal wo es lebt. Mit unseren Plänen schaffen wir gleiche Lebenschancen und Zusammenhalt in unserer vielfältigen Gesellschaft. Wir stärken Familien mit einer einfachen und gerechten Förderung: der Kindergrundsicherung. Wir Grüne schaffen Sicherheit im Übergang. Gerade für diejenigen, die den

Umbruch am stärksten spüren werden. Dafür setzen wir auf die Existenzsicherung und gute Arbeit, zum Beispiel durch einen höheren Mindestlohn von 12 Euro.

🌿 **Warum fährt die Wirtschaft besser mit den Grünen am Steuer als mit der FDP?**

Grüne Wirtschaftspolitik stellt den ökologischen, sozialen und digitalen Modernisierungsbedarf nach vorne, statt einem "Weiter so" wollen wir in ökologisch-soziale Zukunftstechniken und Geschäftsmodelle investieren, um eine widerstandsfähigere Unternehmenslandschaft zu schaffen. Wir haben konkrete Konzepte für einen "Bavarian Green Deal" und die Zukunft der Fahrzeugindustrie, um die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft in Bayern anzupacken. Es muss sich rechnen, ökologisch zu wirtschaften, denn die Klimakrise schläft nicht. Mit jährlichen Investitionen von 50 Milliarden Euro in die sozial-ökologische Transformation schaffen wir sichere Arbeitsplätze und sorgen für klimagerechten Wohlstand – als Grundlage für eine lebenswerte Zukunft.

🌿 **In den Medien taucht als zentrales Thema auf: Ist Annalena Baerbock nicht zu jung und zu unerfahren für das Amt der Bundeskanzlerin? Was sagst Du dazu?**

Annalena Baerbock hat jede Menge politische Erfahrung, ist eine kluge, willensstarke und kämpferische Frau. Sie tritt an für Veränderung. Für das Verharren im Gestrn stehen andere. Wir sind die Kraft, die dieses Land mutig, entschlossen und mit neuem Schwung aus der Krise in dieses entscheidende Jahrzehnt führt. Deutschland hat große Herausforderungen zu bewältigen: die ökologische Modernisierung der Wirtschaft, mehr soziale

Gerechtigkeit und Anerkennung, mehr Zusammenhalt in der Gesellschaft und ein starkes Europa. Dafür muss nach Jahren einer Politik im Dauerkrisenmodus Weitsicht und Vorsorge einziehen. Nötig ist eine vorausschauende Politik, die Krisen verhindert und Mut macht, die nötigen Veränderungen anzugehen. Und genau das kann Annalena Baerbock. Ich freue mich sehr, dass sie unsere erste grüne Kanzlerkandidatin ist!

🌿 **Was lässt sich von der Bundeskanzlerin Merkel lernen?**

Aus meiner Sicht kann man von Angela Merkel lernen, dass es in der Politik nicht um One-Man-Shows geht, sondern darum, alle Verhandlungspartner*innen an einen Tisch zu bekommen und gemeinsam eine Lösung zu finden. Angela Merkel war die erste Frau im Kanzler*innenamt und ist sicher ein Vorbild für Frauen, sich ihren Platz am Tisch zu erkämpfen. Natürlich endet jetzt eine Ära – und gleichzeitig ist jetzt viel Raum für Neues! Darauf freue ich mich!

🌿 im Gespräch mit Bündnis90/Die Grünen Zirndorf



Es war eine Entscheidung mit Signalwirkung: Das Bundesverfassungsgericht urteilte im April dieses Jahr, dass die Politik jüngere Bürger*innen mehr einbeziehen soll. Die „Freiheitsrechte künftiger Generationen“ seien vor allem Dingen durch den Klimawandel, in Gefahr. Hierzulande wohnen rund 1,5 Millionen Menschen, die zwar über 16 sind, allerdings noch wenig bis gar keine politischen Mitbestimmungsrechte haben.

In der Politik wird eher kurzfristig und in Wahlzyklen gedacht. Wichtige Themen, bei denen die Auswirkungen unter Umständen erst in ein paar Jahrzehnten zu spüren sind, haben in politischen Diskussionen tendenziell einen geringeren Stellenwert. Unter anderem weil man nach vier Jahren wiedergewählt werden will und dann die älteren Generationen schlicht

einen größeren Anteil der Bevölkerung ausmachen. Allerdings betreffen solch längerfristigen Themen, wie die globale Erderwärmung, vor allem uns junge Menschen. Der ÖPNV, das Schulsystem oder auch der Klimaschutz: es gibt viele Entscheidungsfelder in der Politik, welche die Jugendlichen direkt betreffen. Es ist ein Kindergrundrecht der Vereinten Nationen, dass Kinder ihrem Alter entsprechend an den sie betreffenden Entscheidungen zu beteiligen sind. Ließe sich das nicht in Deutschland umsetzen?

Wie könnte man die Jugend einbinden?

Ein erster Schritt wäre die Bildung von sogenannten Jugendparlamenten. Hierbei haben einige Jugendvertreter*innen, welche von anderen

Gleichaltrigen gewählt werden, ein Mitspracherecht bei Themen, die sie betreffen. So erhalten die Jugendlichen bereits erste Einblicke in die Politik. Solche Jugendparlamente oder auch Jugendräte sind in Fürth und in Zirndorf in Planung.

Ein Wahlrecht ab 16 wäre der konsequente nächste Schritt, um die Jugend aktiv in die politischen Entscheidungsprozesse einzubinden. Hierauf könnte man berechtigt einwenden, dass 16-jährige noch nicht das Wissen oder die Reife besitzen. Ich bin hingegen der Meinung, dass man uns Jugendlichen die Wahl zutrauen kann. Das Argument, dass Jugendliche

nicht genügend Wissen besitzen, kann leicht entkräftet werden: Laut einer Studie der Freien Universität Berlin schneiden Erwachsene nicht besser ab als Jugendliche, wenn es um Fragen wie „Wer genau wählt eigentlich den Bundeskanzler?“ geht. Erwachsene dürfen trotzdem wählen – warum nicht auch Jüngere?

Natürlich wird bereits einiges für Jugendliche getan. Es gibt Parteien, aber auch viele Einzelpersonen, die sich aktiv für mehr Jugendbeteiligung engagieren. Einige Städte und Kommunen, wie zum Beispiel Leipzig oder Erlangen haben Jugendparlamente. Viele Jugendliche wollen aktiv mitent-

scheiden, und noch mehr interessieren sich für die Politik. Eine Gruppe von fast 2 Millionen Menschen nicht in den politischen Entscheidungsprozess zu integrieren, ist hier ungerecht.

Deutschland braucht mehr Jugendbeteiligung in speziellen Jugendparlamenten, und ein Wahlrecht ab 16 Jahren.

Hallo Eltern, hallo Großeltern – welche politischen Interessen auch immer Sie haben, bitte verlieren Sie dabei uns, die Jugend, nicht aus den Augen. Bitte, stimmen Sie für die Zukunft!

✍ Mathis Weidmann

Wie ein Zeichen die Grenzen der Inklusion aufzeigt

Selten wurde über eine Anpassung der deutschen Sprache so heftig gestritten, wie über das Einführen von Satzzeichen an Stellen, die sich ungewohnt anfühlen. Natürlich sind sie das, denn was sie aufzeigen, ist das Einführen von ungewohnten Lebensentwürfen. Hier geht es nicht um das Verbinden von Frauen- mit Männerrechten, es geht um viel mehr.

Betrachtet man in den sozialen Medien die Kommentare unter Beiträgen von den öffentlichen Rechtlichen, die Zeichen der Inklusion (*: oder _) verwenden, wird schnell klar, dass es nicht um den Beitrag, sondern die Genderdebatte geht. Dabei postulieren überwiegend Männer, dass Frauen solch ein Zeichen gar nicht brauchen, um mitgedacht zu werden und Gleichstellung zu erfahren. Es ist ein hehrer Gedanke, dass den Frauen zugebilligt wird, Teil einer Gesellschaft zu sein – machen sie 50% der Bevölkerung aus. Nun geht es nicht nur um Frauen. Seit Ende 2018 gibt es im deutschen Recht das dritte Geschlecht, divers, und die-

ses sollte spätestens seitdem in unserer Sprache mit abgebildet werden. Es reicht kaum noch von Bürger/-innen zu reden. Es braucht andere Mittel, um inklusiv zu denken, zu schreiben. Erst dann fällt Menschen auf, wie Barriere behaftet unsere binäre Gesellschaft wirklich ist. Welche Toilette dürfen diverse Personen wählen? In welche Umkleide gehen sie? Und von welchem Gesetz werden sie geschützt? Der Art. 3 GG setzt Frauen und Männer vor dem Gesetz gleich – und dann? Unsere Gesellschaft wimmelt von Barrieren, der erste Schritt zur Beseitigung ist die Sprache. Bis jetzt wird dagegen massiv Sturm gelaufen, mit bekannten Sprüchen, wie: „Haben wir keine anderen Probleme?“, „Diese Minderheit soll sich endlich an uns anpassen!“, „Wo kämen wir hin, wenn wir alle Minderheiten mitdenken?“ Sprechen wir durchgängig von Bürger*innen, wird deutlich, dass die Personen, die das Bindeglied zwischen Mann und Frau sind, viel mehr als ein Stern sind. Sie sind mit ihrer Diversität wichtig für Heterogenität, die Erweiterung unserer Horizonte und helfen

dadurch in eine moderne Gesellschaft. Die Diskriminierung aufgrund von Haarfarbe, Muttermalen oder Körpervolumen mag viel größer wirken. Aber jede Art von Diskriminierung ist eine, die nicht stattfinden darf. Das Einführen von Satzzeichen in Worten und der kleine Glottischlag (Pause zwischen dem männlichen Wortstamm und der weiblichen Nachsilbe „in“) in der Aussprache, sind ein kleiner Schritt in die richtige Richtung, der objektiv betrachtet niemandem schadet. Die Wichtigkeit dieses Schrittes ist offensichtlich, denn Sprache macht sichtbar. Das wusste schon Goethe: „Man sieht nur, was man weiß.“

Immerhin haben bereits moderne Unternehmen festgestellt, dass der Fortschritt und die Innovation auch von der Diversität ihrer Teams abhängen. Beides ist gerade jetzt wichtiger denn je, denn unsere Gesellschaft wird sich wandeln. Also starten wir durch und erfreuen uns an der kreativen Vielfalt unserer Welt!

✍ Liam Flohry



Interview mit Uwe Kekeritz

Unser Direktkandidat

Wie stehen die Grünen zur Globalisierung? Ist diese nicht eine Sackgasse für die Menschheit?

Das Ob ist nicht die Frage, es geht um das Wie: Werden wir von der Globalisierung getrieben oder regulieren wir sie. Ein Beispiel ist eine CO₂-Grenzabgabe. Wir können es nicht zulassen, Produkte mit hohen CO₂-Emissionen ohne Weiteres ins Land zu lassen, wenn wir hier die Produktion – zu Recht – mit einer CO₂-Abgabe belasten. Das gilt dann für viele Sektoren: Landwirtschaft, Handel, Finanzwelt. Mit der globalen Klima-, Biodiversitäts- und Ungleichheitskrise, die auch verantwortlich für Hunger und Elend ist, wird klar: Wir müssen zwischen sinnvoller und zerstörerischer Globalisierung unterscheiden und daraus Konsequenzen ziehen.

Sind nicht Armut und Hunger in der Welt auch eine Folge der Globalisierung?

Sicher, aber Globalisierung bedeutet heute noch Konzentration von Macht und Geld und diese Faktoren sind für Hunger und Armut hauptverantwortlich. Beides ist Ausdruck verfehlter Regulierung und steht im Widerspruch zur Idee einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft. Ohne gerechte Verteilung von Gewinnen, Chancen aber

auch von Kapital ist eine breite Mittelstandsgesellschaft nicht vorstellbar. Die Globalisierung muss streng reguliert, demokratisiert und gerecht gesteuert werden. Nur so schaffen wir die Verwirklichung der Menschenrechte, nur so verhindern wir, dass die Umwelt zur bloßen Profitmaschine wird.

Wie stehst Du zur EU? Ist nicht mehr Nationalstaat besser? Siehe Impfdesaster der EU?

Deutschland kann und wird global nur erfolgreich sein im Verbund mit seinen EU-Partnern. Das gilt für die Bekämpfung der Steuerflucht durch große Digitalkonzernen genauso wie auch beim Handel. Selbst die Impfstoffbestellungen ist gemeinsames Handeln durch die EU letztlich in Summe in der Gemeinschaft besser gelaufen. Ein Konkurrenzkampf der EU-Mitgliedstaaten untereinander wäre sicher nicht besser gewesen, auch wenn sowohl auf EU-Seite als auch auf deutscher Seite viele Fehler gemacht wurden. Das Problem sind oft weniger die EU-Institutionen als die nationalen Eitelkeiten aller Mitgliedsstaaten. Die EU ist ein friedens- und wirtschaftspolitisches Erfolgsprojekt. Es bedarf mehr Mut zu Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat. Es darf nicht länger der langsamste und zögerlichste bestimmen, wo es lang geht.

Was ist der aktuelle Sachstand des Lieferkettengesetz? Was ist die Position der Grünen?

Ein Gesetz hat der Bundestag verabschiedet. Ein Schritt in die richtige Richtung. Es gilt nur für sehr große Unternehmen und schließt die zivilrechtliche Haftung weitgehend aus. Außerdem ist die Lieferkette auf den direkten Zulieferer beschränkt – von Lieferkette kann kaum mehr die Rede sein. Dabei finden die größten Menschenrechtsverletzungen am Anfang der Kette – auf Plantagen, in Minen oder Textilfabriken – statt. Umweltfragen spielen kaum eine Rolle. Dabei lassen sich in meinen Augen Menschen- und Umweltrechte nicht trennen.

Flucht und Migration sind beherrschende Themen der Gegenwart – was ist zu tun aus Sicht der Grünen?

Im Sommer 2020 landeten – der Pandemie zum Trotz – viele Geflüchtete auf den griechischen Inseln oder versuchten über das Mittelmeer Europa zu erreichen. Kriegerische Auseinandersetzungen, Hunger, Perspektivlosigkeit bringen sie dazu. Menschen, die Anspruch auf Asyl in Europa haben, müssen wir aufnehmen. Zur Lösung braucht es hingegen Frieden und eine faire sozio-ökonomische Perspektive, nationale Regierungen müssen hierfür die Hauptverantwortung übernehmen – mit Unterstützung der reichen Staaten. Dazu gehört auch der Exportstopp von Waffen in Krisengebiete und engagierter Klimaschutz. Nur dann können wir klimabedingte Fluchtgründe abmildern.

im Gespräch mit Bündnis90/Die Grünen Zirndorf

Die große Transformation

oder wie kommunale Utopien Wirklichkeit werden können

So lange Menschen in Dörfern, Städten oder Metropolen zusammenleben und wohnen, so lange treibt sie auch die Frage nach der idealen Stadt um. Architekten, Politiker, Philosophen und Visionäre tüfteln schon seit 500 Jahren an Ideen und Utopien, um neue urbane Welten zu erschaffen. Sie ersannen Pläne für ein perfektes Lebensumfeld, um das städtische Miteinander neu zu definieren.

Für die Zukunft sind neue Konzepte für Mobilität, Nachhaltigkeit und Stadtentwicklung gefragt. Wie könnte das für Zirndorf aussehen? Stellen wir uns vor, die Spitalstraße wäre bis zum Marktplatz eine Begegnungszone, die von Fußgängern, Fahrradfahrern und Autofahrern gleichberechtigt genutzt wird. Bäume, Straßengrün, Bänke, Tische und Stühle laden zum Verweilen und Kommunizieren ein. Gleichzeitig wird der Autoverkehr dadurch entschleunigt. Die vorhandene Gastronomie könnte sich ausdehnen. Stellen wir uns weiter vor, die Nürnberger Straße wäre vom Marktplatz bis zum ZIM Fußgängerzone. Menschen schlendern die Straße entlang, vor den Cafés und Restaurants sitzen Familien, die genüsslich Eis essen oder Cappuccino trinken. Zweimal wöchentlich ist Markt. Vom Marktplatz bis zum ZIM bieten Händler an mobilen Ständen regionale Produkte an. Die nachhaltigen, regionalen Angebote locken die Zirndorfer in die Innenstadt. Und auch bei den zahlreichen Playmobil-Touristen hat sich rumgesprochen, dass die Zirndorfer-Markt-Meile einen Abstecher wert ist. Vom Playmobil-Funpark bis zum Marktplatz pendelt eine elektrische „Play-Mobil-Bahn“. Zwar können wir keine neue Stadt erfinden, aber

wir können neue Visionen schaffen, mit Ideen spielen und unsere Stadt, unser Umfeld, unser Land und unseren Planeten auch kritisch unter die Lupe nehmen.

Globale Veränderungen für mehr Nachhaltigkeit

In den vergangenen Jahrzehnten hat die neoliberale Wirtschaftspolitik der Industriestaaten dazu geführt, dass soziale Ungerechtigkeit weltweit zugenommen hat. Mittlerweile sind 17 % der Menschen bei uns von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht (Statistisches Bundesamt). Wie sich die beginnende Digitalisierung auf unser Sozialsystem auswirken wird, ist noch nicht abzusehen. Aber sie wird Veränderungen und einen Wandel der sozialen Systeme in den Betrieben und Organisationen mit sich bringen. Gleichzeitig schüren rechtspopulistischen Parteien Ängste und spalten die Gesellschaft so sehr, dass rechts-extremistisches Gedankengut wieder vermehrt um sich greift.

In der Gesellschaft rückt immer mehr das Bewusstsein für nachhaltige Klimapolitik in den Mittelpunkt. Dabei geht es um eine sozial-ökologische Transformation hin zu mehr Nachhaltigkeit. Es scheint, dass sich sowohl die Umwelt als auch die Gesellschaft im Stress befinden. Veränderungen sind nötig, um beide Systeme wieder in Gleichklang zu bringen. Wie finden wir zu einer Lebensweise, die auf der einen Seite die Mitwelt schont und gleichzeitig soziale Gerechtigkeit für alle jetzt aber auch in Zukunft ermöglicht? Die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen haben sich 17 Ziele bis 2030 gesetzt, die in der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung festgehalten sind. Aber nicht nur in

der großen Politik, sondern auch auf kommunaler Ebene sollen diese Ziele greifen. Eine der Fragen der Agenda 2030 ist, wie unsere Städte in der Zukunft aussehen sollen und können. Wie gelingt es Verkehrssysteme zu schaffen, die die Umwelt möglichst wenig belasten und gleichzeitig ein urbanes und geschäftiges Leben in unseren Städten ermöglichen?

Schon jetzt die Zukunft denken und Visionen entwickeln

Die Weichen in die Zukunft müssen jetzt gestellt werden! Auf Bundesebene und in den Kommunen. So auch bei uns in Zirndorf. Eine Begegnungszone von der Spitalstraße bis zum Marktplatz, die Nürnberger Straße als Fußgängerzone und Markt-Meile – noch sind das Visionen für unsere Stadt. Doch Veränderungsprozesse können wir nur gemeinsam und im Dialog miteinander schaffen. Wir laden Sie ein, mit uns zusammen die Zukunft der Zirndorfer Innenstadt neu zu denken und zu gestalten. Könnte nicht auf dem städtischen Grundstück Ecke Mühl-Spitalstraße ein eingeschossiges Parkdeck entstehen? Somit wären auch am Beginn der Begegnungszone genügend Parkplätze vorhanden. Brauchen wir tatsächlich fünf Ost-West Verbindungen (Bahnhofstraße, Schützenstraße, Nürnberger Straße, Bachstraße, Mühlstraße)? Könnte nicht die Nürnberger Straße vom Osten bis zum ZIM als Einbahnstraße geöffnet werden? Das hätte den Vorteil, dass Menschen aus Oberasbach, direkt die Parkplätze im ZIM mit dem Auto erreichen könnten.

Walter Schäfer



Zum Zirndorfer Stadtrat

Am 14.05.2020 war die konstituierende Sitzung des neu gewählten Zirndorfer Stadtrats.

Als einzige der im Stadtrat vertretenen Parteien konnten wir Grünen sowohl an Stimmen als auch an Sitzen gewinnen. Wir steigerten unser Ergebnis um fast sechs Punkte auf nun 18,05 Prozent. So sind wir mit fünf Personen im Rat vertreten. Außerdem dürfen wir erstmals in der Zirndorfer Geschichte den 3. Bürgermeister stellen. Die SPD dagegen ist nicht mehr stärkste Kraft im Stadtparlament und so haben sich neue Mehrheiten aufgetan. Dies hatte auch Auswirkungen auf die Gestaltungsmöglichkeit der neuen Geschäftsordnung im Stadtrat. So konnte eine von uns schon lange geforderte Änderung für mehr Transparenz zusammen mit den Stimmen von CSU und FW auf den Weg gebracht werden:

Gängige Praxis der letzten Jahre war es zuletzt, den Stadträtinnen- und Räten die Sitzungsunterlagen von nicht-öffentlichen Vorgängen erst zur jeweiligen Sitzung als Tischvorlage auszuhändigen. Sorgfältiges Durcharbeiten und Reflektieren war so kurzfristig nur schwer möglich. Mit der Änderung müssen jetzt auch alle

nicht-öffentlichen Unterlagen dem Stadtrat schon einige Tage vor der Sitzung zur Verfügung gestellt werden. Der 1. Bürgermeister kritisierte diesen Beschluss zunächst als rechtswidrig, doch die Rechtsaufsicht des Landratsamtes bestätigte den gemeinsamen Antrag. So ist es den Rätinnen und Räten von Zirndorf nun möglich, ihre Entscheidungen besser vorzubereiten.

Wichtige politische Meilensteine setzte der Stadtrat mit der Einführung von drei ehrenamtlichen Referentinnen und Referenten für Umwelt- und Klimaschutz, Wirtschaft und Tourismus. Mit Unterstützung von CSU und FW wurde unser Fraktionsvorsitzender Wolfram Schaa mit der Aufgabe des Umwelt- und Klimaschutzreferenten betraut. Er wird zukünftig bei allen umweltpolitischen Fragen schon im Vorfeld in die Beratungen der Verwaltung mit eingebunden.

Wie wichtig ein Umwelt- und Klimaschutzreferent für Zirndorf ist, belegen die Fehlentscheidungen der Vergangenheit. Die Auswirkungen machen sich jetzt bemerkbar: Gegen die Stimmen unserer Fraktion wurden im Zirndorfer Westen rund 1,5 ha bestes Ackerland zu Gunsten eines bereits bestehenden Gewerbebetriebes umgewidmet. An dessen Stelle soll nun ein weiterer Discounter errichtet

werden. Diese unnötige Flächenversiegelung ist aus unserer Sicht nicht nur ein umweltpolitischer Frevel, auch für alle Gewerbetreibenden der Zirndorfer Innenstadt ist die Entscheidung für einen weiteren Discounter ein Schlag ins Gesicht. Damit wird dem Zirndorfer Innenstadthandel zukünftig noch mehr Kaufkraft entzogen.

Wie Kooperation für Nachhaltigkeit funktionieren kann, zeigen die beiden städtischen Tochter-Unternehmen WBG und Stadtwerke Zirndorf. Hier werden, auch durch die Eingaben und Vorschläge unserer beiden Aufsichtsräte, innovative Ideen auf den Weg gebracht. So zum Beispiel ein nachhaltiges Mieterstrom-Modell, das einen ökologischen (Klima), sozialen (Mieter) und ökonomischen (Unternehmen) Mehrwert bietet. Bereits in acht Wohnblocks der WBG konnte dieses zukunftsweisende Modell in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken umgesetzt werden.

Mittlerweile ist über ein Jahr vergangen, seit der neue Stadtrat sich erstmals konstituiert hat. Bei allen kommunalpolitischen Fragen waren und sind wir stets bestrebt, auch über Parteigrenzen hinweg, innovative, kreative, effiziente und zukunftsweisende Lösungen für unsere Stadt zu finden.

Einen persönlichen Dank möchte ich unserem 1. Bürgermeister Thomas Zwingel aussprechen. Obwohl wir bisweilen verschiedener Meinung waren und sind, entstand im Laufe des vergangenen Jahres eine von Vertrauen und Respekt getragene Zusammenarbeit. Des Weiteren gilt auch mein Dank unserem 2. Bürgermeister Bernd Klaski. Ich würde mir wünschen, die kollegiale Zusammenarbeit auszuweiten, um noch effizienter die Interessen der Stadt Zirndorf vertreten zu können.

✿ Walter Schäfer
3. Bürgermeister
der Stadt Zirndorf



Radwege und Stadtentwicklung in Zirndorf

Radwege und Stadtentwicklung - Versäumnisse und Ziele

In den letzten 35 Jahren ist Zirndorf gut gewachsen: von 21.022 (1987) auf 25.588 Einwohner*innen (2019), also um 22% – im Durchschnitt stärker als zum Beispiel Nürnberg (+10%) oder Erlangen (+14%) (Wikipedia, Gemeindegdaten Bayern). Die Anzahl der Häuser stieg überproportional von 4.821 auf 6.849, um 42%. Dadurch stiegen die Grundsteuereinnahmen – aber auch die Verkehrsbelastung und die Versiegelung. Der Ausbau der Radwege hat nicht mit der Einwohner*innenentwicklung schrittgehalten. Meistens sind nur sogenannte Abmarkierungen mit gestrichelten Linien – so genannte Radschutzstreifen – angelegt worden. Dies geht zwar schneller und ist billig, aber motiviert die Bürger*innen nicht zur Nutzung des Fahrrades,

weil sie keine ausreichende Sicherheit bieten.

Das größte Manko ist hier der Radweg im Bibert- und Rednitztal nach Fürth. Er hätte ein viel größeres Potential, um von bisherigen Autofahrer*innen genutzt zu werden. In Fürth wurde ein Teilstück letztes Jahr sogar neu asphaltiert, aber sobald man die Stadtgrenze unter dem Main-Donau-Kanal überschreitet, wird der Weg zur Schlaglohpiste. Bei Regen ist er mit Pfützen übersät. Hier wäre dringend ein Ausbau notwendig. Ein weiteres Problem ist das Ende des Radwegs von Weiherhof an der Paul-Metz-Straße, Ecke Albert-Einstein-Straße. Hier ist kurzfristig eine richtige Abmarkierung mit roter Farbe und die Absenkung der Bordsteine notwendig! Zu nennen ist noch die Situation an der Kreuzung Schwabacherstraße/Mondstraße/Mühlstraße.

Wenn man vom Marktplatz kommt, muss es auch mittels Ampelvorrang für die Radler möglich sein, auf den südlich verlaufenden Geh-/Radweg Richtung Leichendorf zu kommen. Um das Radfahren in Zirndorf sicherer und attraktiver zu machen, damit im Sinne einer Verkehrswende auch mehr Menschen aufs Rad umsteigen würden, wäre die Schaffung einer Stelle für eine*n Radfahrbeauftragte*n sinnvoll. So könnten die Belange der Radfahrer*innen schon von Beginn an in alle Planungsprozesse eingebracht und die momentane Situation verbessert werden.

Nochmal zurück zur Stadtentwicklung. In Zirndorf fehlen Sozialwohnungen und Arbeitsplätze. Die Menschen müssen zur Arbeit meistens nach Nürnberg, Fürth oder Erlangen fahren – Zirndorf ist zur „Schlafstadt“ geworden. Und hier schließt sich der Kreis: durch die schlechten Radwege fahren die meisten immer noch mit dem Auto. Ein weiteres Problem ist das Durchschnittsalter der Bevölkerung, sie wird immer älter.

Unstrittig ist unter Fachleuten, dass die Grenzen des Stadtwachstums erreicht sind. Bei mittelfristigen Planungen ist zu berücksichtigen, dass durchgängige Grünstrukturen in Wohngebieten geschaffen werden und die angrenzenden Erholungsgebiete (Wald, Feld, Park, Gewässer) fußläufig gut zu erreichen sind. Außerdem wird die Beschattung durch Bäume auf Plätzen und Straßen gerade angesichts häufiger werdender Hitzesommer immer wichtiger. Auch die Stellplatzbedarfssatzung, die bisher nur Autoabstellplätze regelt, sollte so ergänzt werden, dass dort auch ebenerdige überdachte Abstellplätze für Fahrräder vorgesehen werden müssen. Wenn das Rad nämlich erst aus dem Keller geholt werden muss, dann bleibt es eher stehen. Grüne Welle für das Fahrrad.

Werner Schmidt



Farbklang...

... wir treffen den richtigen Ton!



HERRMANN GMBH
OFFSETDRUCKEREI

Herrmann GmbH
Bogenstraße 15
90513 Zirndorf
Tel.: 09 11 - 9 65 85 - 0
Fax: 09 11 - 9 65 85 - 10
info@herrmannprint.de

Offset- und Digitaldruck aus einer Hand
www.herrmannprint.de

Versäumnisse im Gesundheitssystem: Unsere grünen Antworten

Die Corona Pandemie hat uns gezeigt, wie wichtig unsere Krankenhäuser, unser Pflegepersonal und Ärzt*innen und viele andere sind. Vieles wurde kurz nach Beginn der Krise gefordert. Umgesetzt ist bis heute nichts oder Versprechen wieder vergessen. Das sind unsere Grünen Antworten auf gesundheitspolitische Fragen.

Stellen Sie sich vor, ein Angehöriger liegt auf der Intensivstation, maschinell beatmet, im Sterben. Niemand ist da, ihm in seinen letzten Minuten zu begleiten, weil Angehörige momentan nicht auf Station dürfen und die Pflege unterbesetzt ist. Das sind nicht nur Ausnahmen während der Coronakrise gewesen. Unsere Pflegekräfte, die Übermenschliches in der Pandemie geleistet haben, sind nicht nur unterbesetzt, sie sind unterbezahlt, überarbeitet und meistens fast am Ende. Personen, die uns manchmal in den schlimmsten Momenten unseres oder eines Angehörigen Lebens beigestanden haben, wird nicht der gebührende Respekt gezollt.

Das ist nicht das einzige Problem, das in den letzten Jahrzehnten verschlafen oder falsch gemacht wurde. Sehr fraglich ist auch, warum sich ein Krankenhaus wirtschaftlich lohnen muss. Wie kann man das Thema Gesundheit kommerzialisieren? Ein Thema, das jede*n betrifft. Ein Beispiel dazu: Patient*innen sollen möglichst kurz im Krankenhaus liegen, da man für sie nur eine Fallpauschale unabhängig von der Behandlungsdauer bekommt. Auch die Gesundheitsämter sind chronisch unterfinanziert, was die Kontaktnachverfolgung am Anfang der Pandemie extrem erschwert hat.

Darüber hinaus hat es bereits 2012 eine Risikoanalyse der Bundesregierung gegeben, wie sich ein Pandemiefall auf die Bundesrepublik auswirken würde. Man hat festgestellt, dass Deutschland nicht ausreichend auf eine Pandemie vorbereitet ist. Exakt das hat man auch im März 2020 gemerkt. Wären nach der Risikoanalyse einige von den Ratschlägen umgesetzt worden, wären wir vielleicht nicht komplett unbeholfen in diese Krise geraten. Es wurde allerdings beispielsweise mehrmals angemerkt, dass Deutschland mit ausreichend Schutzausrüstung ausgestattet ist. Eines hatten wir zu Beginn der ersten Welle nicht: ausreichend Schutzausrüstung.

Aber Probleme erfordern Lösungen. So fordern wir in unserem Programm zur Bundestagswahl eine bessere Bezahlung der Pflegekräfte bei gleichzeitiger Senkung der Arbeitszeit auf maximal 35 Stunden pro Woche. Wir brauchen mehr Fachpersonal, das nicht nach wenigen Jahren wieder aussteigt, weil die Belastung zu groß wird. Das soll durch eine angemessene

Pflegepersonaluntergrenze verbessert werden, damit auch das Pflegepersonal Zeit hat, sich mit den Erkrankten zu beschäftigen. Den Krankenhausangestellten fehlt teilweise die Zeit, sich mit Patient*innen zu unterhalten. Dabei kommen auch manchmal Sorgen von zu pflegenden Personen zu kurz.

Für die Finanzierung von Krankenhäusern fordern wir ein neues System. Die Kliniken sollen nicht mehr nur nach Fallzahlen, sondern auch nach gesellschaftlichem Auftrag finanziert werden. Ein Klinikum sollte nicht wegen fehlender Wirtschaftlichkeit schließen müssen, „sondern muss sich danach richten, was nötig ist. Dabei hat die flächendeckende, erreichbare Grundversorgung der Bevölkerung einen eigenen Stellenwert. Die Gemeinwohlorientierung im Gesundheitswesen soll gestärkt und der Trend hin zu Privatisierung umgekehrt werden. Die Konzentration auf ertragreiche Angebote muss ein Ende haben“, heißt es in unserem Wahlprogramm. Für Gesundheitsämter fordern wir eine bessere finanzielle, personelle



Vladimir Fedotov | Unsplash

und technische Ausstattung. Denn der öffentliche Gesundheitsdienst ist, außer für den Pandemiefall, auch für eine geeignete Gesundheitsförderung der Bevölkerung wichtig. Die Coronakrise macht deutlich, dass wir uns auf eine nächste mögliche Pandemie vorbereiten müssen. Deswegen muss die Krankenhaus- und Notfallversorgung reformiert und die Digitalisierung vorangetrieben

werden. Dafür sollen in einem neuen Infektionsschutzgesetz Stufen zur Eindämmung von Pandemien definiert und Pandemieschutzpläne aktualisiert werden. Die Produktion von Medizinprodukten soll regionaler und europäischer werden.

Das sind ein paar unserer Vorschläge, wie es besser laufen kann. Weitere gesundheitspolitische Forderungen sind beispielsweise, die Geburtshilfe

zu reformieren, sowie Frauen und nicht männliche Personen in der Medizin in gleicher Art wie Männer zu beachten, gerade bei Tests zu neuen Medikamenten und Therapieverfahren. Außerdem soll zum Beispiel die Gesundheitsversorgung schnell digitalisiert, die Versorgung gesetzlich Versicherter verbessert und langfristig eine Bürgerversicherung aufgebaut werden.

🌱 Lukas Poxleitner

Für einen respektvollen Umgang mit allen Lebewesen



Das letzte Jahr hat uns allen verdeutlicht, welche Zustände in der deutschen Fleischindustrie herrschen. Allerdings müssen wir unser Augenmerk auch auf die Tierhaltung an sich richten. Ein Thema, das die regierenden Parteien seit jeher aktiv ausblenden und nur unter größtem Druck nicht vermeidbare Veränderungen anstoßen.

Die Erzeugung tierischer Produkte ist eine der größten Industrien der Welt und gleichzeitig eine der problematischsten. Eine weitreichend zitierte Oxfordstudie von 2018 zeigt deutlich, dass die Tierhaltung weltweit über

80 % der Flächen in der Landwirtschaft verbraucht, aber nur 18 % der weltweiten Kalorien beisteuert. Durch Nutztierhaltung werden Treibhausgase verursacht und durch weltweite Waldrodung Biodiversität zerstört. Zusätzlich muss die ethische Komponente endlich mehr Gehör finden. Eine artgerechte Haltung der Tiere muss der neue Mindeststandard werden. Dies schützt uns auch vor zukünftigen Pandemien durch Zoonosen. Denn kleinere Ställe mit mehr Platz für jedes Tier führen zu weniger schneller Ausbreitung von Krankheitserregern und entspanntere Tiere haben bessere Abwehrkräfte. Kastenstände, in denen

sich Muttersauen über Wochen nicht bewegen können, sind in anderen EU-Ländern längst verboten, aber in Deutschland nach wie vor der Standard. Kühe geben nur Milch, wenn sie Kälber wie am Fließband produzieren, die dann direkt nach der Geburt von ihren Müttern getrennt werden, damit wir die Muttermilch für uns nutzen können. Diese Massenproduktion von Kälbern führt dazu, dass man solch stattliche Tiere teilweise für unter 8 € kaufen kann. Jeder Hamster im Zoohandel kostet mehr. Wir müssen kleine, nachhaltig wirtschaftende Betriebe fördern und endlich beginnen einen respektvollen Umgang mit allen Lebewesen zu pflegen. Das verbessert nicht nur unser aller Lebensqualität, sondern kann einen massiven Beitrag im Kampf gegen die Klimakatastrophe leisten.

🌱 Isabell Löschner,
Listenkandidatin

Energieversorgung: aktive Bremsen am Werk

Die Welt muss verrückt sein: So erzählt der Wirtschaftsminister Peter Altmaier (Stand 14.07.2021), dass Deutschland in der nahen Zukunft mit einer großen Lücke in der Stromversorgung rechnen müsse.

Er selbst könne leider aufgrund der fortgeschrittenen Zeit in der Legislaturperiode nichts mehr tun, aber in einer Handlungsempfehlung für die Regierung werde er sich für den Ausbau der alternativen Energien aussprechen.

Wenn man daran denkt, dass es genau dieser Minister und die letzten Regierungen insgesamt dafür gesorgt haben, dass unter anderem der Ausbau der solaren Stromerzeugung enorm gebremst wurde und die scheinbar etablierte PV-Modul Produktion mit einigen 10.000 Arbeitsplätzen aus Deutschland verschwand. Wenn man sich ferner in Erinnerung ruft, dass sich zwischen der Übernahme der Regierungsverantwortung und dem jetzigen Stand der Dinge nichts für die Bürger zum Positiven entwickelt hat, kann man nicht verstehen, warum sich diese Personen als konservativ bezeichnen – sie bewahren nichts und tun wenig zum Schutz der heutigen Natur (siehe Urteil des Bundesverfassungsgerichts).

Deutschland war mal weiter, es gab einen geregelten Atomausstieg – ohne Nachzahlungen in Milliardenhöhe. Erst später hat sich die Regierung bereit erklärt, der Industrie Milliarden für den Ausstieg zu zahlen. Ferner hatte sich eine zukunftsfähige Industrieproduktion für Solarmodule entwickelt, die Arbeitsplätze auch in schwach entwickelte Regionen der Republik brachte. Die Herstellung der PV-Module wurde, aufgrund der

anlaufenden Serienproduktion, immer günstiger und somit wirtschaftlicher für alle. Dann wurde alles anders. Die Atomkraftwerke sollten doch länger laufen. Ferner sank die Nachfrage für die PV-Anlagen, sodass ein heimischer Hersteller nach dem anderen aus dem Markt verschwand. Die ausländischen Produzenten, vorwiegend aus China, konnten sich aufgrund der staatlichen Unterstützung am Markt halten und bestimmen jetzt das Marktgeschehen. Sehr viele Arbeitsplätze in der zukunftssträchtigen PV-Industrie gingen verloren.

Besonders problematisch ist, dass man die weitere Entwicklung der Energieversorgung nicht nur verschlafen, sondern anscheinend gezielt ausbremste, so dass die alten Struktura-

ren per kräftigen Lobbyismus weiterhin dominieren und der notwendige Umbau nur auf der Schneckenspur unterwegs ist. Was mal mit der Idee von dezentralen, kleinen Strukturen bei vielen Bürgern begonnen hat, wurde so verändert, dass weiterhin die großen Energieversorger an den entscheidenden Stellen ihren großen Einfluss ausüben.

Im Moment befinden wir uns am Scheideweg, wir können auf den langsamen, für die Menschheit zu langsamen, Weg der vermeintlich Konservativen gehen. Oder wir wechseln auf den schnellen Weg der Veränderung, der gut für die Menschen ist und in einem echten konservativen Sinne Natur und Schöpfung bewahrt.

✚ Johannes Wimberger

Grüne Zukunft – nur sozial gerecht möglich

Ökologie und soziale Gerechtigkeit sind zusammen zu denken.

Aktuell ist es so, dass die 42 reichsten Menschen der Welt über so viel Vermögen verfügen wie die Hälfte der Menschen auf diesem Planeten (Oxfam 2018). Nach einem Bericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung besitzen die reichsten 10 Prozent der Deutschen zwei Drittel

des gesamten Vermögens in Deutschland. Das Corona-Jahr hat den Superreichen Einkommenszuwächse von 20 Prozent ermöglicht (Merkur, 25.05.21), während viele in Kurzarbeit waren, ihren Job verloren haben. Nach dem Bundesverband der Tafeln (www.tafeln.de) nehmen vielerorts die Zahl der Besucher(innen) um 20 Prozent zu. Wer nicht möchte, dass sich der Rechtspopulismus ausbreitet (siehe Trump,



Brexit und AfD im Osten der Republik), muss daran arbeiten, dass sich diese Spaltung nicht weiter vertieft. Die Grünen schlagen vor: Einführung einer Garantiesicherung statt Hartz IV, Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12,50 Euro, Erhöhung des Spitzensteuersatzes von 42% auf 48% sowie Vermögensteuer für jene, die mehr als zwei Millionen besitzen.

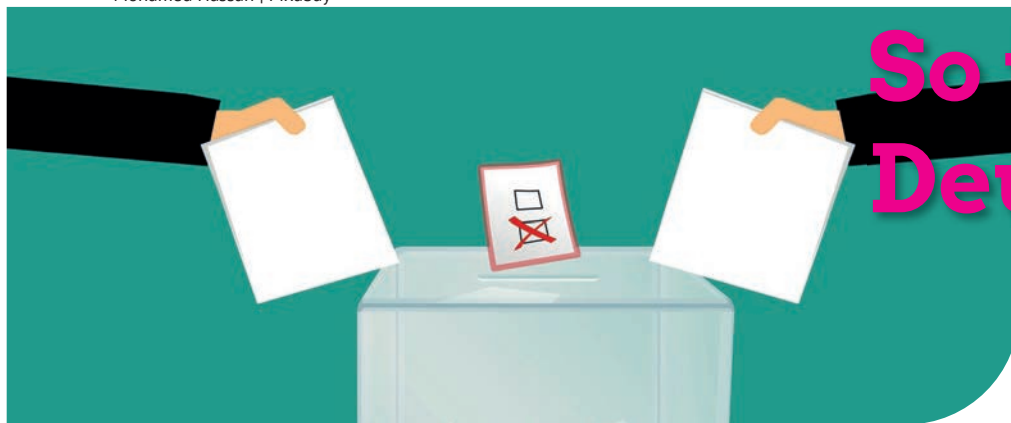
Der notwendige ökologische Umbau ist nur möglich, wenn die soziale Gerechtigkeit einen Schub erfährt. Der zentrale Stellhebel für die sozial-ökologische Transformation ist die CO2-Bepreisung, um so Einsparungen anzustossen. Das muss verbunden werden mit einer finanziellen Entlas-

tung gerade der Menschen, die weniger Geld haben. Zur Situation: Reiche belasten das Klima mehr als Arme – sie haben grössere Autos, grössere Wohnungen und fahren häufiger in den Urlaub. Der Sachverständigenrat der Bundesregierung sagt, der Pro-Kopf-Ausstoss eines reichen Menschen beträgt 20 Tonnen im Jahr, ein armer kommt nur auf 7 Tonnen. Die CO2 Bepreisung ist deshalb sozial fair zu gestalten. Die Grünen plädieren für eine Klimaprämie, welche insbesondere für die Menschen mit geringeren Einkommen die zusätzlichen Kosten an der Tankstelle und bei der Heizung wettmacht.

Zum sozialen Kompass der Grünen für den Weg in die gesellschaftliche Zukunft gehören auch die Familien. Beabsichtigt ist eine Ausweitung des Elterngeldes auf 24 Monate. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist auch immer noch nicht überall realisiert. Durch entsprechende rechtliche Regelungen ist die Kluft zwischen Männern und Frauen zu schliessen. Ein weiterer Punkt betrifft das Wohnen. Es ist ein Unding, dass der soziale Wohnungsbau an die Wand gefahren wurde. Die Grünen sehen ein Bundesprogramm „Neue Wohngemeinnützigkeit“ vor, um eine Million günstiger Sozialwohnungen zu schaffen.

Gerhard Wirner

Mohamed Hassan | Pixabay



So wählt Deutschland

Zwei Kreuze und vier weitere Jahre – so nicht! Beide Stimmen Grün! Wir wählen Grün, weil wir etwas verändern wollen.

Bei der Bundestagswahl haben wir zwei Stimmen:

Mit der **Erststimme** wählen wir den Direktkandidaten in unserem Wahlkreis 243.

Dieser umfasst die Landkreise Fürth-Land und Neustadt/Aisch sowie Fürth-Stadt. Unser Kandidat für die Grünen ist **Uwe Kekeritz**.

Mit der **Zweitstimme** können wir die Kandidat*innen auf unserer bayerischen Wahlliste in den Bundestag bringen. Derzeit bewerben sich 62 Kandidat*innen aus Bayern, davon fünf aus Mittelfranken.

Für unseren Stimmkreis sind das **Dr. Isabell Löschner (Platz 42)** und

Uwe Kekeritz (Platz 20). Die Zweitstimme ist genauso wichtig, denn sie bestimmt die Anzahl der Sitze im nächsten deutschen Bundestag.

Wir freuen uns auf Ihre Stimme und eine gerechtere Zukunft für alle!

rmine +++ Termine +++ Termine +++ Termine +++ Termine ++

Ab **3. September 2021** finden Freitags oder Samstags unsere **Infostände** statt.

Im September zum Wahlkampfabschluss kommen unsere Promis zu uns, näheres wird in den Webseiten aktuell bekannt gegeben. Änderungen sind vorbehalten.

Montag, 13.09. Annalena Baerbock in Nürnberg

Mittwoch, 15.09. Robert Habeck in Erlangen

Samstag, 18.09. ab 12 Uhr kommen Claudia Roth und Uwe Kekeritz nach Zirndorf in den Zimmermanns Park
Sonntag, 26.09. Wahlparty ab 18 Uhr, Ort n.n.

Zirndorfer Grünen Treff
Unsere nächsten Ortsverbandstermine

immer **freitags von 19:00 bis 21:00** Uhr, im Gasthaus Bub oder digital 24.09., 22.10., 19.11., 17.12.

Kreisversammlungen
immer **mittwochs von 19:30 bis 21:30** Uhr
15.09., 20.10., 17.11., 15.12., Ort unter <https://www.gruene-fuerth-land.de/veranstaltungen/>

Wir sind für Sie da! Sprechen Sie uns einfach an.



**Prof. Dr.
Gerhard Wirner**
Ortsvorstand



**Cornelia
Thomas**
Ortsvorstand
Stadträtin



**Walter
Schäfer**
3. Bürgermeister
Stadtrat



**Wolfram
Schaa**
Referent für Umwelt &
Klimaschutz
Stadtrat



**Dr. Timo
Engemann**
Stadtrat



**Gabi
Bohrer**
Stadträtin



**Karin
Hufschmidt**
Kassiererin



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
ZIRNDORF

Impressum

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Stadtratsfraktion Zirndorf, Vestnerstraße 18
90513 Zirndorf, Tel. +49 (0)911 605358
E-Mail: ov.zirndorf@gruene.de
www.gruene-zirndorf.de

Verlegende & Chefredaktion

Gerhard Wirner (V.i.S.d.P.)
gerhard.wirner@gmail.com
Cornelia Thomas (V.i.S.d.P.)
co.thomas@web.de

Redaktionsteam

Liam Flohry, Isabell Löschner, Lukas
Poxleitner, Walter Schäfer, Werner Schmidt,
Cornelia Thomas, Mathis Weidmann,
Johannes Wimberger, Gerhard Wirner

Layout & grafische Umsetzung

SternenPrinz, Liam Flohry,
info@sternen-prinz.de

Druck

Herrmann GmbH, Bogenstraße 15,
90513 Zirndorf
www.herrmannprint.de, Auflage 13.500 Stück

Urheberrecht

Das Copyright bleibt allein bei
den Verlegenden.
Jedwede Nutzung von
Grafiken, Texten, Artikeln
und Bildmaterial ist nur mit
ausdrücklicher Zustimmung
möglich. Nachdruck oder
Vervielfältigung, auch aus-
zugsweise, nur nach vorher-
gehender Genehmigung.



Ressourcen schonend gedruckt.